

Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 2020 betr. Wiedereinrichtung der Bürgerbüros und der Meldestellen als dezentrale Bürgerverwaltung in den Stadtteilen der Wissenschaftsstadt Darmstadt



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Stadtverordnetenfraktion Darmstadt
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71

Antrag

Wiedereinrichtung der Bürgerbüros und der Meldestellen als dezentrale Bürgerverwaltung in den Stadtteilen der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt wird aufgefordert, die Bürgerbüros und die Meldestellen als dezentrale Bürgerverwaltung in den Stadtteilen Darmstadt-Kranichstein und Heimstätte sowie die Meldestelle in der Bezirksverwaltung Darmstadt-Arheilgen wieder einzurichten.

Die Wiedereinrichtung der Bürgerbüros und der Meldestellen - als dezentrale Bürgerverwaltung - bringt folgende Dienstleistungsangebote für die Bürgerschaft in den Darmstädter Stadtteilen mit sich:

1. Bürgerbüros in den Stadtteilen

Beratung der Bürgerinnen und Bürger sowie Hilfestellung im Umgang mit anderen städtischen Ämtern und sonstigen Dienststellen:

- a) Allgemeine Bürgerinformation / Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen
- b) Hilfestellung bei Anträgen
- c) Enge Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern
- d) Teilnahme an Veranstaltungen und Besprechungen zu stadtteilrelevanten Themen
- e) Bearbeitung von Amtshilfeersuchen
- f) Durchführung von kulturellen Veranstaltungen im Stadtteil
- g) Kooperation mit den Dienstleistern aus dem öffentlichen und gewerblichen Bereich, Sicherheitsdiensten, Institutionen und freien Trägern.

2. Meldestelle

- a) Beantragung von Personalausweis und Reisepass
- b) An- und Abmeldung vom Wohnsitz, u. a.

Aktuell haben im Rahmen einer dezentralen Bezirksverwaltung der Wissenschaftsstadt Darmstadt nur die Stadtteile Darmstadt-Eberstadt (24.000 Einwohner) und Darmstadt-Wixhausen (6.500 Einwohner) Bezirksverwaltungen mit Meldestellen. Der Stadtteil Darmstadt-Arheilgen (18.000 Einwohner) hat im Rahmen einer dezentralen Bezirksverwaltung zwar ein Bürgerbüro, aber keine Meldestelle.

Begründung:

- Die Reduzierung von Bürgerverwaltungs- und Bürgerservice-Strukturen in den Stadtteilen Darmstadt-Kranichstein, Darmstadt-Arheilgen und Heimstätte war ein Fehler und hat den Bürgerservice der Stadt Darmstadt nachhaltig geschwächt. Die Einschränkungen und Begleitumstände der Corona-Pandemie haben die Schwächen eines reduzierten dezentralen Angebots in diesem Bereich aufs Neue verdeutlicht. Dezentrale Angebote und Zweigstellen des Bürgerservices in den Stadtteilen führen damit nicht nur zu einer besseren Erreichbarkeit der Angebote, sondern sorgen auch in der zentralen Anlaufstelle in der Innenstadt für geringeren Personenverkehr und so auch für einen besseren Bürgerservice.
- Es ist den älteren und behinderten Menschen sowie Familien mit Kindern (Darmstadt-Kranichstein beispielsweise hat einen hohen Anteil an kinderreichen Familien, älteren Menschen und Migranten) nicht zuzumuten, bis in die Innenstadt zum Bürgerbüro oder zur Meldestelle zu fahren, zumal sich in Darmstadt-Kranichstein eine bürgerfreundliche Atmosphäre entwickelt hat. Ferner kommt noch hinzu, dass dieser internationale Stadtteil mit ca. 12.000 Einwohnern ein Recht hat, ein eigenes Bürgerbüro und eine eigene Meldestelle zu haben, um Menschen mit eher prekärer Situation (einkommensschwache Menschen und Familien) entgegenzukommen. Somit kann für sie ein hoher Kostenfaktor, z.B. ÖPNV-Fahrkarte, reduziert werden. Auch die Stadtteile Darmstadt-Arheilgen (18.000 Einwohner) und Heimstätte (7.370 Einwohner) mit ihren expansiven Entwicklungen und differenzierten Gesellschaftsstrukturen haben ein Recht auf Bürgerbüros und Meldestellen, bzw. auf ein vollumfängliches Dienstleistungsangebot für die Bürgerschaft vor Ort.
- Die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) haben in der Vergangenheit in den Darmstädter Stadtteilen mehrmals Unmut zum Ausdruck gebracht, was es für sie bedeutet in die Innenstadt fahren zu müssen, um meldetechnische Erledigungen durchzuführen. Daraus entstehen Zusatz- und Zeitaufwendungen.
- Die Gründe zur Schließung der Bürgerbüros und der Meldestellen durch die Grün-Schwarze Stadtregierung im Jahre 2012 sind im Rahmen der Dezentralisierung der städtischen Verwaltung und aus sozial- und standortpolitischen Gesichtspunkten nicht nachvollziehbar, auch wenn die Lage des Haushaltes der Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht viel Handlungsspielraum zulassen sollte. Eine Haushaltskonsolidierung ist erforderlich, aber es muss an der richtigen Stelle gespart werden, um auch einen sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und nicht zu gefährden.
- Gerade in der Zeit der bestehenden Pandemie wird uns aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass die Wege für die Bewohnerschaft, auch bzgl. von Verwaltungsangelegenheiten, kurze Wege sein müssen, dies gilt unter anderem auch für die Nutzung des ÖPNV. Man muss heute davon ausgehen, dass es in Zukunft weitere Pandemien geben wird (evtl. 2. Welle z.B.). Auch dafür muss heute eine Kommune in allen Stadtteilen ausgerichtet sein.
- Es muss eine ausgleichende Strategie her, um eine befriedigende Lösung für die Bürgerschaft und den Stadtteil Darmstadt-Kranichstein beizusteuern, um auch die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandortes nicht zu verschlechtern, sondern zu

verbessern. Dieses gilt im Übrigen auch für die anderen Stadtteile Darmstadt-Arheilgen sowie Heimstätte. Bürgerfreundlichkeit ist hier gefragt.

- Bei einer Wiedereinrichtung der Bürgerbüros und der Meldestellen muss drauf geachtet werden, dass diese zielgerichtet und verständlich publik gemacht werden, damit diese auch von der Bevölkerung wahrgenommen werden, weil dies in der Vergangenheit nicht der Fall war.
- Die Wiedereinrichtung von Bürgerbüros und Meldestellen in den Darmstädter Stadtteilen - als dezentrale Bürgerverwaltung - ist auch im Kontext der bereits bestehenden Polizeistelle und des vorhandenen Ortsgerichtes Darmstadt-Kranichstein zu sehen. Im Ortsgericht sind die Dienstleistungsangebote reichlich. a) Beglaubigungen, Wertermittlung, Nachlasssicherungen und Sterbefallanzeigen, b) Schätzungen von Grundstücken und Häusern, c) Beglaubigungen von Unterschriften, d) Beglaubigungen von Fotokopien und e) Erstellung von Sterbefallanzeigen. Somit kann ein umfangreiches Dienstleistungsangebot zum Wohle der Kranichsteiner Bürgerinnen und Bürger angeboten werden, ebenso für Darmstadt-Arheilgen (Polizei und Ortsgericht sind installiert) und Heimstätte.

Darmstadt, 15.06.2020

Michael Siebel
(Fraktionsvorsitzender)

Santi Umberti
(Stadtverordneter)